



## Wirtschaftsmacht Organisierte Kriminalität

Seite 8 <

DPoIG kürt  
schlechtestes  
Dienstgebäude

Seite 18 <

Fachteil:

- Problematik „Sperrholzblitzer“ – einfallsreich oder strafbar?
- Verstößt das Tragen von sogenannten Sharia-Westen gegen das Uniformverbot?



# Neue Mahntafel „Schlechteste Dienstgebäude“

Der DPoIG-Landesverband Sachsen-Anhalt hat am 9. Mai 2017 erneut das Gebäude des Polizeireviers Magdeburg in der Hallischen Straße auf der Liegenschaft der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord in Magdeburg zum schlechtesten Dienstgebäude Deutschlands gekürt. Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt und sein Stellvertreter und Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck stellten die Mahntafel im Beisein von Finanzminister André Schröder und Innenminister Holger Stahlknecht sowie Medienvertretern erneut auf.



> Großes Medieninteresse



Bereits am 6. September 2011 hatte das Polizeirevier die unrühmliche Bezeichnung erhalten. Ein Jahr später wurde diese erste Mahntafel mit der

Maßgabe entfernt, dass ein Baukonzept erstellt und für mehr als 100 Millionen Euro ein modernes Polizeigebäude entstehen sollte. Seitdem ist nicht viel passiert. „Nach wie vor sind undichte Fassaden, defekte Fenster, durchnässte Wände und Decken sowie zahlreiche andere bauliche Mängel vorhanden“, erklärte DPoIG-Landeschef Wolfgang Ladebeck. Die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten

sind nach wie vor unerträglich und unzumutbar. Mittlerweile ist auch die angrenzende Sporthalle, das Haus 5 und die zweite Etage des Hauses 6 wegen erheblicher Baumängel gesperrt. Aufgrund anstehender Baumaßnahmen sind gut 200 Beamtinnen und Beamte im August 2016 aus dem maroden Dienstgebäude in der Hallischen Straße in ein Ausweichobjekt in die Halberstädter Straße 39 a umgezogen. Schon im Herbst mussten die Bediensteten wiederum wegen gesundheitsschädigender Mängel, wegen schadstoffbelasteter Decken

das Ausweichobjekt wieder verlassen und in das marode Dienstgebäude zurückziehen. Kaum in der Hallischen Straße wieder angekommen, fiel in einigen Räumen der Putz von der Decke und es regnete durch. Die Büros mussten geräumt werden, um das Dach flicken zu können.

„Mit diesen konzeptlosen Umzügen muss jetzt Schluss sein“, sagte Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck. „Wir fordern die Landesregierung auf, dass Ausweichobjekt in der Halberstädter Straße sofort zu sanieren und die dort vorhan-

## Impressum:

Redaktion:  
Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)  
polizeispiegel@dpolg-lsa.de  
Tel./Fax: 039206.53948  
Mobil: 0177.5011249

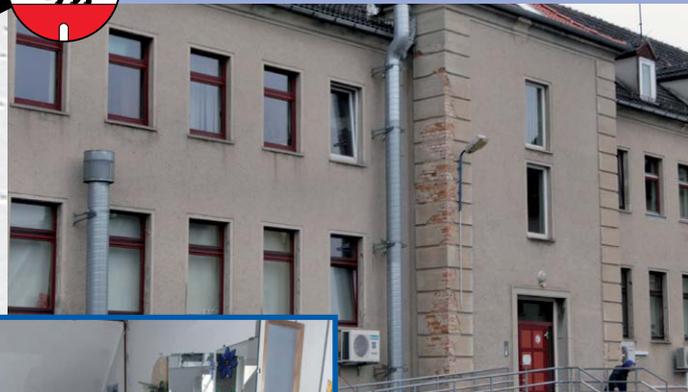
Landesgeschäftsstelle:  
Deutsche Polizeigewerkschaft  
im dbb – Landesverband  
Sachsen-Anhalt e. V.  
Schleifufer 12  
39104 Magdeburg  
Tel. 0391.5067492  
Fax 0391.5067493  
www.dpolg-lsa.de  
info@dpolg-lsa.de  
ISSN 0945-0521



> Wolfgang Ladebeck diskutiert mit Finanzminister André Schröder (von rechts).



> Polizeirevier Magdeburg



> Polizeirevier Börde in Haldensleben

wieder aufgestellt werden muss!“

Landesvorsitzender Ladebeck fügte hinzu, dass sich die Zahl der maroden Dienstgebäude in Sachsen-Anhalt häufe. Auch die Reviere in Haldensleben, Weißenfels sowie die Liegenschaft der Landesbereitschaftspolizei in Magdeburg seien in einem desolaten Zustand. In diesen Gebäuden mit undichten Fassaden dringt Wasser durch die über 50 Jahre alten Holzfenster ein, fällt Putz von den Wänden und Decken. Die weitere Nutzbarkeit wird nur durch ständige Notreparaturen erreicht. Die Arbeitsbedingungen in den genannten Polizeigebäuden sind für die Polizeibeschäftigten äußerst schlecht.

dene gesundheitsgefährdende Dämmwolle aus den Decken zu entfernen. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen endlich annehmbare Arbeitsbedingungen, um auch eine bürgerfreundliche Polizeiarbeit zu ermöglichen!“

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt erklärt: „Die Landesregierung setzt nach wie vor falsche Prioritäten. Die Sanierung des Dienstgebäudes wurde von der Regierung schon mehrfach angekündigt, aber es hat sich bis auf ein paar Notreparaturen nichts getan. Die politischen Zusagen wurden nicht realisiert, der Bauzustand hat sich weiter erheblich verschlechtert, sodass unsere Mahntafel

Auch das LKA Sachsen-Anhalt ist in den letzten Wochen durch bautechnische Mängel in die Schlagzeilen geraten, denn das Gebäude ist schadstoffbelastet. Dort sind künstliche Mineralfasern entdeckt worden, die zu Entzündungen der Atemwege und der Schleimhäute führen können.

Die DPoIG fordert Finanzminister André Schröder (CDU) und Innenminister Holger Stahl-



> Landesbereitschaftspolizei in Magdeburg

knecht (CDU) auf, noch in diesem Jahr ein akzeptables Baukonzept für alle maroden Dienstgebäude der Polizei in Sachsen-Anhalt vorzulegen und schnell Abhilfe zu schaffen.

Finanzminister André Schröder und Innenminister Holger Stahlknecht waren bei der Enthüllung der Mahntafel anwesend.

„Wir brauchen keine Lippenbekenntnisse der Landesregierung, wir brauchen endlich Taten und die zeitnahe Sanierung, der mit großen bautechnischen Mängeln belasteten Polizeidienstgebäude. Mit Bau-erhaltungsmaßnahmen und Teilsanierungen muss endlich Schluss sein, eine Grundsanie- rung der vier maroden Polizei- gebäude in Sachsen-Anhalt ist längst überfällig. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die, die täglich ihre Gesundheit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land riskieren, selbst unter übelsten Bedingungen arbeiten,“ fordert Landesvor- sitzender Wolfgang Ladebeck.

Finanzminister Schröder hat zügige Arbeiten angekündigt. Im Frühjahr 2018 sollen die Abrissbagger auf das Gelände der Sternstraße rollen. Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Umbau. Mehr als 160 Millionen Euro sollen in den kommenden vier Jahren für den Umbau des Gebäude- komplexes geplant sein.



> Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg

> Polizeirevier Burgenlandkreis in Weißenfels

dbb Landesgewerkschaftstag 2017

## Ladebeck bleibt Chef des Beamtenbundes



© Friedhelm Windmüller (5)

Der 7. Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt fand am 25. und 26. April 2017 in Wernigerode unter dem Motto „Vielfalt ist unsere Stärke“ statt. Der Gewerkschaftstag ist mit 34 Mitgliedsgewerkschaften und rund 24 000 Mitgliedern das höchste Beschlussgremium des dbb sachsen-anhalt. Der dbb ist die Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche. Neben der Wahl einer neuen Führung bestimmten die Delegierten die gewerkschaftspolitische Ausrichtung für die kommenden fünf Jahre.

Der Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, wurde für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Am 25. April 2017 votierten auf dem Gewerkschaftstag in Wernigerode (Landkreis Harz) 109 von 110 Delegierten für den Schönebecker. Weiterhin wurden als Mitglieder der neuen Landesleitung der Erste stellvertretende Vorsitzende Ulrich Stock (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft – DVG) und als stellvertretende Vorsitzende

- > Iris Herfurth (Deutsche Steuergewerkschaft – DSTG)
- > Torsten Grabow (Gewerkschaft der Sozialversicherung – GdS)



> Die neue Landesleitung: Iris Herfurth, Wolfgang Ladebeck, Ulrich Stock (unten von links), Torsten Grabow, Thomas Gaube, Torsten Salomon (oben von links)

- > Torsten Salomon (Verband Bildung und Erziehung – VBE)
- > Thomas Gaube (Philologenverband – PhVSA) gewählt.

Am zweiten Tag fand die Öffentlichkeitsveranstaltung mit hochrangigen Gästen aus Politik, Wirtschaft und befreundeten Bündnispartnern statt.

Nach dem Grußwort des Oberbürgermeisters der Gastgeberstadt Wernigerode, Peter Gaffert, kritisierte Wolfgang Ladebeck in seiner Rede überaus scharf den Personalnotstand im gesamten öffentlichen Dienst. Das Ergebnis des radikalen Stellenabbaus in den vergangenen Jahren sei eine in weiten Teilen handlungsunfähige öffentliche Verwaltung. „Wir brauchen nicht nur mehr Lehrer und Polizisten, wir brauchen dauerhaft mehr Personal in der Landesverwaltung, sonst kann die Daseinsvorsorge nicht mehr zeitnah gewährleistet werden und der Bürger muss

warten. Wir erwarten von CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen eine Kurskorrektur in der Personalpolitik“, sagte Ladebeck. Zudem beklagt er eine jahrelange verfehlte Einstellungspolitik besonders an Fachkräften in der technischen Verwaltung.

Der dbb Landeschef konstatierte auch eine Perspektivlosigkeit für viele Beamte, hervorgerufen durch schlechte Aufstiegsmöglichkeiten, geringe Beförderungschancen und schlechte Bezahlung im Bundesvergleich.

„Wenn da keine Verbesserung erfolgt, werden junge Menschen statt in den öffentlichen Dienst in die Wirtschaft gehen. Damit der öffentliche Dienst auch in Zeiten des Fachkräftemangels attraktiv bleibt, braucht er leistungsgerechte, mit der Wirtschaft konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen, und er braucht die



> Die Delegierten der DPoIG

Verlässlichkeit politischer Zusagen“, so Ladebeck.

Mit großem Unverständnis haben wir das Auslaufen der landesbezogenen Tarifverträge zur Altersteilzeit und zur Teilzeit zum 31. Dezember 2016 zur Kenntnis genommen. Unverständlich ist für uns heute noch, dass die Kenia-Koalition im Koalitionsvertrag das Auslaufen dieser Tarifverträge festgeschrieben hat, ohne mit den Tarifpartnern über die Beweggründe zu Reden.

Weiter führte Wolfgang Ladebeck an: Nachdem die Modernisierung des LPersVG in der vergangenen Legislaturperiode gescheitert war, weil CDU und SPD sich in einigen Punkten nicht einig waren, wurde durch die Schwarz-Rot-Grün-Koalition erneut vereinbart, dass Personalvertretungsgesetz moderner und flexibler auszugestalten.

Abschließend stellte er klar: Das Rückgrat des öffentlichen Dienstes ist sein Personal. Nur mit motivierten Mitarbeitern kann die Verwaltung unseres Landes für die Bürgerinnen und Bürger erfolgreich arbeiten. So steht es im Koalitionsvertrag. Wie war, was dann folgt bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Nach



> dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt

Jahren des Kürzens und des Verzichtes wollen die Tarifbeschäftigten und Beamten an der Reformrendite aus Personalabbau und Strukturreformen jetzt endlich auch mal teilhaben. Die Stimmung unter den Beschäftigten ist besorgniserregend. Strukturreformen, der betriebliche Personalabbau, Beförderungstau und fehlende berufliche Perspektiven sind die derzeitigen Motivationskiller der Landesbediensteten. Sicherlich wird auch in unserem Land einiges dagegen getan. Aber es ist derzeit immer nur der Tropfen auf den heißen Stein.

Der dbb sachsen-anhalt fordert eine dauerhafte verfassungskonforme Besoldung und mehr Personal im öffentlichen Dienst. Es muss mehr Planungssicherheit für die Zukunft, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, kontinuierliche Beförderungen und vor allem zukunftsorientierte Perspek-



> Finanzminister André Schröder

tiven geschaffen werden. Damit der öffentliche Dienst auch attraktiv bleibt, braucht er leistungsgerechte, mit der Wirtschaft konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen und er braucht vor allem die Beständigkeit und Verlässlichkeit politischer Zusagen.

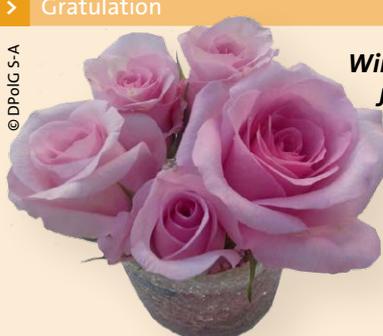
Dann sprach der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt. In seiner Rede ging er auf den anhaltenden Personalabbau in der gesam-

ten öffentlichen Verwaltung ein und thematisierte die immer größer werdende Gewalt gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes. Als offizieller Vertreter der Landesregierung sprach Finanzminister André Schröder. In seiner Rede bekräftigte er, dass die Landesregierung den Koalitionsvertrag eins zu eins umsetzen wird und hob dabei die

- > Abschaffung der Kostendämpfungspauschale für die Beihilfe und die Heilfürsorge;
- > die Wiedereinführung der Jahressonderzahlung ab 2017 mit einer Pauschale für die Besoldungsgruppen bis A 8 von 600 Euro, ab A 9 von 400 Euro sowie für Anwärter und Versorgungsempfänger von 200 Euro;
- > und die künftige zeitgleiche besoldungsrechtliche Übertragung der Tarifabschlüsse auf die Beamten hervor.

Im Anschluss diskutierten die Vertreter der fünf Landtagsfraktionen über Themen des öffentlichen Dienstes und die in den Ansprachen aufgeführten Problemfelder. Dabei moderierte der Fernsehjournalist Hagen Tober, bekannt aus den MDR-Sendungen „Sachsen-Anhalt heute“ und „MDR um 11“, geschickt die Diskussion. Das kein Konsens in den wesentlichen Punkten hergestellt werden konnte, dürfte allen klar sein.

> Gratulation



**Wir gratulieren allen im Juni geborenen Mitgliedern zu ihrem Geburtstag und wünschen Gesundheit, viel Glück und alles erdenklich Gute.**

*Der Landesvorstand*